

## An die Obrigkeit Berlins

Anfang letzter Woche bekamen alle registrierten sesshaften Haushalte einen Brief vom regierenden Bürgermeister: "Solidarität!"

Tatsächlich wurden sehr schnell Hotels für Obdachlose sowie Betroffene häuslicher Gewalt angemietet. Hilfsorganisationen und Frauenverbände hatten Alarm geschlagen. Das zeigt den guten Willen und die Handlungsfähigkeit des Senats! Die Angebote wurden dankend angenommen und sind nun ausgelastet - die Situation ist immernoch angespannt.

Wieviele Obdachlose es in Berlin gibt, ist sehr umstritten - aber jetzt, wo der normale Verkehr eingestellt wurde, fallen sie überall auf. Man vergisst gern die verdeckte Wohnungslosigkeit: Wie viele Menschen hangeln sich von Sofa zu Sofa oder erdulden missbräuchliche Partnerschaften, Wohngemeinschaften und Familienverhältnisse, weil sie nicht wissen, wohin?

Eckard Baumann vom Straßenkinder e.V. rechnet zur Zeit fest damit, dass mehr Kinder aus der Enge der Familien flüchten werden.

In kürzester Zeit haben extrem viele Menschen in Berlin ihren Job, Aufträge und Einkünfte verloren und können keine Miete mehr zahlen! Gleich am Anfang der Krise wurden in Berlin Zwangsräumungen ausgesetzt, was eine unglaubliche Erleichterung für viele ist. Aber wenn es kein Grundeinkommen, keinen Mietestopp, Schuldenbremse oder Zahlungsstopp für Betriebskosten gibt, werden die Wohnungen nach den Maßnahmen geräumt. Eine Sicherheit gibt es nicht. Mietendeckel und Räumungsstopp waren mutig und sinnvoll, sind aber nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Zur Zeit scheinen schwerwiegende Eingriffe in das Private möglich. Warum sollte dies nicht auch für die Privatwirtschaft gelten?

Unsere besondere Sorge betrifft die Sammelunterkünfte von Geflüchteten in und außerhalb Deutschlands. Menschen in Massenunterkünften sind einer Seuche hilflos ausgeliefert. **40.000 Geflüchtete leben in Moria in überfüllten Lagern unter katastrophalen Bedingungen.**

Aber es gibt eine einfache, pragmatische und logische Lösung!

Durch den Wegfall des Tourismus zeigen sich die Lücken im Wohnungsmarkt: AirBnb hat nach eigenen Angaben über 22.000 Privatunterkünfte, die in der Regel über dem Mietspiegel und am Mietendeckel vorbei dem Wohnungsmarkt entzogen wurden - 10.722 Wohnungen und 11.534 Zimmer - allein in Berlin im Angebot. Ungefähr 130000 Wohnungen stehen in Berlin leer. 150.346 Betten umfassen die Hotels!

Das ist doch ein Match! (ein was??)

Unbürokratisch, preisgünstig und flächendeckend kann Wohnraum mit sanitären Einrichtungen bereitgestellt werden. Diese Maßnahmen würden ausreichen, die um schnell und unkompliziert die Schwächsten der Schwachen vor Ansteckung zu schützen. Bevor weitere Zwangsmaßnahmen wie Enteignungen und Beschlagnahmungen ergriffen werden müssen, sollte der Weg der Selbstorganisation gewählt werden.

Köln macht es vor!

In der Kölner Südstadt gibt es nun seit über einem Monat eine neue Besetzung. Das kann Berlin auch! Aktivist\*innen der #besetzen-Kampagne haben vorvorletztes Wochenende bereits Wohnungen für Wohnungslose erschlossen. Solche Aktionen schaffen Nutzen und richten keinen Schaden an.

Wir schlagen Ihnen eine Verordnung vor, die Besetzungen für die Zeit der Pandemie legalisiert und die "Berliner Linie" aussetzt.

Wohnungslose, Geflüchtete, Betroffene häuslicher Gewalt, Psychiatrisierte, Ausgebüchste und Verarmte bekommen eine Chance.

## **Ergänzende Verordnung zur Eindämmung des Coronavirus (SARS-CoV-2) in Berlin**

Auf der Grundlage des § 32 Abs. 1 des Infektionsschutzgesetzes vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. Februar 2020 (BGBl. I S. 148) geändert worden ist, wird verordnet:

### **§ 1**

Zwangsräumungen finden ab Inkrafttreten der Verordnung bis ihrem Außerkrafttreten berlinweit nicht statt. Das gilt gleichermaßen für gewerblich wie privat genutzte Räumlichkeiten.

### **§ 2**

Wenn Personen ohne festen Wohnsitz oder ohne ausreichenden Wohnraum leerstehende Räume zu Wohn- oder Aufenthaltszwecken besetzen, werden sie nicht vor Außerkrafttreten dieser Verordnung geräumt. Sie sollen dort mit allem Lebensnotwendigen versorgt werden.

### **§ 3**

Ausgenommen hiervon sind Personen, die Gewalt gegen Mitwohnende verüben.

### **§ 4**

Der Staat behält das Gewaltmonopol. Der vorübergehende Verzicht auf Räumungen durch Polizei und Gerichtsvollzieher führt nicht dazu, daß es Vermietern oder deren Verwaltern oder anderen Personen gestattet ist, Selbstjustiz zu üben.

Vielmehr wird solchen Versuchen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegengetreten, auch ggf. mit einer Strafverfolgung wg. Hausfriedensbruch, Nötigung, Sachbeschädigung, Körperverletzung und sonstiger einschlägiger Delikte.

### **§ 5**

Wenn Räumlichkeiten während der Gültigkeitsdauer dieser Vorschrift nicht geräumt werden, die anderenfalls geräumt worden wären, dann gilt dies in jedem Fall als eine Folge der Corona-Pandemie, so weit es das Land Berlin betrifft. Der Ausgleich für Folgen dieser Epidemie wird an anderer Stelle geregelt.

### **§ 6**

Diese Verordnung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft und tritt mit Ablauf des 31.8.2020 außer Kraft.

Begründung:

Räumungen (einschl. Zwangsräumungen) sind eine Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols und müssen verhältnismäßig sein.

Derzeit sind im Sinne der Gesundheit der gesamten Bevölkerung alle Menschen aufgefordert und mit der Verordnung über erforderliche Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 in Berlin auch gezwungen, sich in ihren Wohnungen aufzuhalten. Um dieser Pflicht nachzukommen, braucht man im Interesse der Allgemeinheit und der eigenen Gesundheit eine Wohnung. Wer keine Wohnung hat und in dieser Situation Räumlichkeiten besetzt, oder andere dabei unterstützt, kommt in einer allgemeinen Notlage einer Verpflichtung für das Allgemeinwohl nach.

Der Senat hat eine Güterabwägung vorzunehmen zwischen dem öffentlichen Interesse an einem Verzicht auf Räumungen einschl. Zwangsräumungen und dem Interesse von Hauseigentümern an der unverzüglichen Durchführung von Räumungen.

Bei einer Zwangsräumung oder einer Räumung von besetzten Räumlichkeiten entsteht ein Infektionsrisiko für beteiligte Polizisten, Gerichtsvollzieher, ggf. für weitere Beschäftigte, und nicht zuletzt für die Betroffenen der Räumung. Zudem besteht das Risiko, daß beteiligte Personen nach mehreren Räumungen durch die Vielzahl der Kontakte zu sog. Super-Spreadern werden und systematisch die Infektionen verteilen.

Bei einer Räumung wird zudem den Betroffenen die Möglichkeit genommen, die Verordnung über erforderliche Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 in Berlin einzuhalten, die der Senat zu Eindämmung der Pandemie am 22.3.2020 erlassen hat. Dadurch ergeben sich weitere Gefahren für die Gesundheit der Betroffenen und die weitere Ausbreitung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 in Berlin, somit für die Gesundheit der gesamten Bevölkerung.

Zudem besteht die Gefahr, daß das öffentliche Sozialsystem überlastet wird, da Wohnungslose derzeit auch in ihren Unterkünften aufgefordert sind, untereinander Abstand zu halten. Das ist nicht mehr möglich, wenn öffentlich vorgehaltene Unterkünfte überbelegt werden.

Die Güterabwägung ergibt daher, daß das Interesse der Allgemeinheit an der Eindämmung der Pandemie das Interesse der Hauseigentümer an einer unverzüglichen Räumung überwiegt.

Entsteht dem Hausbesitzer aufgrund einer nicht vorgenommenen Räumung ein wirtschaftlicher Schaden, wird auf die allgemeinen Regelungen zu solchen pandemiebedingten Schäden verwiesen. Durch die Pandemie entstehen einer Vielzahl von Personen und Unternehmen wirtschaftliche Schäden. Im Sinne der Gleichbehandlung der Geschädigten müssen diese fairerweise an anderer Stelle insgesamt geregelt werden.

### **Supplementary regulations for the containment of the coronavirus (SARS-CoV-2) in Berlin**

On the basis of § 32 para. 1 of the Protection against Infection Act of 20 July 2000 (Federal Law Gazette I p. 1045), last amended by Article 1 of the Act of 10 February 2020 (Federal Law Gazette I

p. 148), is enacted:

#### § 1

Forced evictions will not take place in Berlin from the time the Ordinance comes into force until it expires. This applies equally to premises used for commercial and private purposes.

#### § 2

If persons without permanent residence or without sufficient living space who occupy vacant premises for residential or recreational purposes shall not be evicted before the expiry of this Regulation. They shall be provided with everything necessary to live there.

#### § 3

Excluded from this are persons who commit violence against fellow occupants.

#### § 4

The state retains the monopoly on the use of force. The temporary waiver of evictions by the police and bailiffs does not mean that landlords or their administrators or other persons are allowed to exercise vigilante justice.

Rather, such attempts will be countered with all available means, including criminal prosecution for trespassing, coercion, damage to property, bodily harm and other relevant offences.

#### § 5

If premises which would otherwise have been evacuated are not evacuated during the period of validity of this provision, this shall be considered a consequence of the Corona pandemic with regard to the Land Berlin. Compensation for the consequences of this epidemic will be regulated elsewhere.

#### § 6

This Regulation shall enter into force with immediate effect and shall cease to apply after the 31.8.2020.

#### Justification:

Evictions (including forced evictions) are an exercise of the state's monopoly on the use of force and must be proportionate to the situation.

At present, in the interests of the health of the entire population, all people are required to stay in their homes and are also forced to do so by the Ordinance on Necessary Measures to Contain the Spread of the Novel Coronavirus SARS-CoV-2 in Berlin. In order to comply with this obligation, people must have a home, in the interest of the general public and their own health. Whoever does not have a home and occupies premises in this situation, or assists others in doing so, fulfils an obligation for the common good in a general emergency.

The Senate has to weigh up the interests of the public interest by not evicting people, including forced evictions, with the interests of homeowners in having their homes evicted without delay.

In the case of a forced eviction or the eviction of occupied premises, there is a risk of infection for police officers, bailiffs, and possibly other employees, and last but not least for those evicted. In addition, there is a risk that following several evictions, the persons involved become so-called super-spreaders due to the large amount of contacts, and thus systematically spread infections.

In the event of an eviction, those affected will also be deprived of the opportunity to comply with the Ordinance on Measures Required to Contain the Spread of the Novel Coronavirus SARS-CoV-2 in Berlin, which the Senate issued on 22 March 2020 to contain the pandemic. This will result in further risks to the health of those affected and the further spread of the novel coronavirus SARS-CoV-2 in Berlin, thus affecting the health of the entire population.

In addition, there is a risk that the public welfare system will be overburdened, as homeless people are currently also required to keep their distance from each other in their accommodations. This is no longer possible if publicly provided accommodation is overcrowded.

The balance of interests therefore shows that the public interest in containing the pandemic outweighs the interest of homeowners to avail of immediate evictions.

If a homeowner suffers economic loss due to a failure to evict, reference is made to the general regulations on pandemic-related damages. The pandemic causes economic damage to a large number of persons and companies. In the interest of equal treatment of injured parties, these must be regulated fairly elsewhere and as a whole.

## **Dodatkowe przepisy dotyczące powstrzymania koronaawirusa (SARS-CoV-2) w Berlinie**

Na podstawie § 32 ust. 1 Ustawy o ochronie przed zakażeniami z dnia 20 lipca 2000 r. (Federalny Dziennik Ustaw I str. 1045), ostatnio zmienionej art. 1 Ustawy z dnia 10 lutego 2020 r. (Federalny Dziennik Ustaw I str. 148), zostaje wprowadzony w życie:

### **§ 1**

Od momentu wejścia w życie Zarządzenia do jego zakończenia w Berlinie nie będą wykonywane przymusowe eksmisje. Dotyczy to również nieruchomości wykorzystywanych do celów komercyjnych i prywatnych.

### **§ 2**

Osoby bez stałego miejsca zamieszkania lub bez wystarczającej powierzchni mieszkalnej, które zajmują nieobsadzone pomieszczenia do celów mieszkalnych lub rekreacyjnych, nie mogą być eksmitowane przed zakończeniem okresu obowiązywania tego rozporządzenia. Należy zapewnić im wszystko, co jest im potrzebne do zamieszkania w tym miejscu.

### **§ 3**

Wyjątek stanowią osoby, które używają przemocy wobec współmieszkańców.

### **§ 4**

Państwo zachowuje monopol na użycie siły. Tymczasowe odstępianie od eksmisji przez policję i komorników sądowych nie oznacza, że wynajmujący, ich zarządcy lub inne osoby mają prawo do sprawowania wymiaru sprawiedliwości "vigilante".

Próby takie będą raczej zwalczane wszelkimi dostępnymi środkami, łącznie z postępowaniem karnym za wykroczenia, przymus, uszkodzenie mienia, uszkodzenie ciała i inne istotne przestępstwa.

### **§ 5**

Jeżeli pomieszczenia, które w przeciwnym razie zostałyby ewakuowane, nie zostaną ewakuowane w okresie obowiązywania niniejszego przepisu, uznaje się to za konsekwencję pandemii korony w

odniesieniu do kraju związkowego Berlin. Rekompensata za skutki tej epidemii zostanie uregulowana w innym miejscu.

## § 6

Niniejsze rozporządzenie wchodzi w życie ze skutkiem natychmiastowym i przestaje obowiązywać po 31.8.2020.

### **Usprawiedliwienie:**

Eksmisje (w tym eksmisje przymusowe) są realizacją monopolu państwa na stosowanie siły i muszą być proporcjonalne do sytuacji.

Obecnie, w interesie zdrowia całej ludności, wszyscy ludzie muszą pozostać w swoich domach i są do tego zmuszeni przez Zarządzenie o środkach niezbędnych do powstrzymania rozprzestrzeniania się nowego koronawirusa SARS-CoV-2 w Berlinie. Aby spełnić ten obowiązek, ludzie muszą mieć dom, w interesie ogółu społeczeństwa i własnego zdrowia. Kto nie posiada domu i zajmuje w tej sytuacji lokal lub pomaga w tym innym, wypełnia obowiązek dla dobra wspólnego w sytuacji zagrożenia.

Senat musi brać pod uwagę interes publiczny, nie eksmitując ludzi, w tym przymusowe eksmisje, z interesem właścicieli domów, aby ich domy zostały niezwłocznie eksmitowane.

W przypadku przymusowej eksmisji lub eksmisji zajmowanego lokalu istnieje ryzyko zakażenia dla policjantów, komorników i ewentualnie innych pracowników, a także dla osób eksmitowanych. Ponadto istnieje ryzyko, że po kilku eksmitacjach osoby, które były eksmitowane, ze względu na dużą ilość kontaktów staną się tzw. super-rozprzestrzeniaczami, a tym samym będą systematycznie rozprzestrzeniać infekcje.

W przypadku eksmisji osoby poszkodowane zostaną również pozbawione możliwości zastosowania się do rozporządzenia w sprawie środków niezbędnych do opanowania rozprzestrzeniania się nowego koronawirusa SARS-CoV-2 w Berlinie, które zostało wydane przez Senat w dniu 22 marca 2020 r. w celu opanowania pandemii. Spowoduje to dalsze zagrożenie dla zdrowia osób dotkniętych pandemią i dalsze rozprzestrzenianie się nowego koronawirusa SARS-CoV-2 w Berlinie, a tym samym wpłynie na zdrowie całej ludności.

Ponadto istnieje ryzyko przeciążenia systemu opieki społecznej, ponieważ obecnie również bezdomni muszą trzymać się z dala od siebie w swoich miejscach zamieszkania. Nie jest to już możliwe, jeżeli publiczne miejsca noclegowe są przepełnione.

Równowaga interesów pokazuje zatem, że interes publiczny w powstrzymaniu pandemii przeważa nad interesem właścicieli domów, którzy chcą skorzystać z natychmiastowych eksmisji.

Jeżeli właściciel domu poniesie straty gospodarcze z powodu niewydalenia, należy odnieść się do ogólnych przepisów dotyczących szkód związanych z pandemią. Pandemia powoduje straty gospodarcze dla dużej liczby osób i przedsiębiorstw. W interesie równego traktowania poszkodowanych należy je sprawiedliwie uregulować gdzie indziej i w całości.